

## Verhandlungen über Marcos Gelder

Der Vorsitzende der Presidential Commission on Good Government (PCGG), Ricardo Abcede hat mitgeteilt, dass es informelle Verhandlungen mit Imelda Marcos, Witwe des ehemaligen Diktators, über den Verbleib von Vermögen aus veruntreuten Staatsgeldern in Höhe von fünf bis zehn Milliarden US-Dollar gibt. Nach dem Sturz des korrupten Diktators sollte veruntreute Gelder zurück in die Staatskasse fließen. Dies sei von der Aquino-Regierung Ende der 1980er Jahre jedoch versäumt worden sein. Nun soll im Tausch gegen einen Anteil des Vermögens alle Vorwürfe gegen die Marcos Familie fallen gelassen werden.

Nachdem in Vergangenheit im PCGG Dokumente über das Marcos Vermögen verloren gingen oder gestohlen wurden, hält Abcede es nun für notwendig, über Verhandlungen an Vermögen zu kommen, auf die mit rechtlichen Mitteln geringe Aussichten bestehen. Abcede verteidigte ebenso, dass Mitglieder der PCGG in den Aufsichtsräten von sequestrierten Unternehmen saßen – dies sei notwendig, um die Interessen der PCGG dort zu vertreten. Gleichzeitig wies Abcede Vorwürfe zurück, wonach eben diese PCGG Mitarbeiter großzügige Vergünstigungen von den Unternehmen erhalten haben sollten.

vgl. PDI, 28.5.

## 59 % wollen Arroyos Rücktritt

Nach einer Studie von Pulse Asia glauben 59 Prozent der philippinischen Bevölkerung, dass ein Rücktritt von Präsidentin Arroyo am ehesten im Interesse des Landes sei, während 34 Prozent einen Amtsverbleib von Arroyo für das Beste halten. 40 Prozent sprachen sich gegen eine gewaltsame Amtsenthebung Arroyos aus. Nach der Umfrage gibt es jedoch keine Ei-

## Anti-Terror Gesetz verabschiedet

Das Repräsentantenhaus hat ein neues Anti-Terrorismus Gesetz verabschiedet. Das Gesetz definiert Terrorismus als »vorsätzlichen, angedrohten oder konkreten Gebrauch von Gewalt oder irgendeiner Form von Zerstörung gegen Menschen oder Eigentum, mit dem Ziel einen Zustand von Gefahr, Terror, Angst, Panik oder Chaos unter der Bevölkerung, einzelnen Gruppen oder Personen zu schaffen, oder die Regierung zu zwingen oder einzuschüchtern.«

Beobachter halten diese Terrorismusdefinition des Gesetzes für zu allgemein. Während die Todesstrafe im Falle von Terrorismus nicht verhängt werden kann, erhalten Sicherheitsdienste und Polizei weitreichende Vollmachten. So können Verdächtige bis zu mehrere Tage ohne Haftbefehl festgehalten werden. Sprecher der muslimischen Minderheit in Mindanao kündigten ihren Widerstand gegen das Gesetz an. Das Gesetz würde muslimische Gemeinden schutzlos Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen im Namen des Krieges gegen den Terror ausliefern, so der Rechtsanwalt der Union of Muslims for Morality and Truth (UMMAT) Nasser Marohomsalic. Die Regierung drängt den Senat, das Gesetz möglichst bald zu verabschieden.

vgl. Manila Times 6.4., Mindanews 16.4.

nigkeit über Alternativen zu Arroyo. Während vier Prozent den »Brother Eddie« Villanueva und drei Prozent den ehemaligen Präsidenten Fidel Ramos für die besten Kandidaten für das Präsidentenamt halten, glauben neun Prozent, dass niemand dafür geeignet sei.

vgl. PDI, 16.3.

## Ein Paradies für Pensionäre

Präsidentin Arroyo hat mehrere Vorschläge bewilligt, in Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor die Philippinen in ein »Paradies für pensionierte Auslandsfilipino/as« umzuwandeln. Nach Angaben von David Paraiso vom Healthcare Coalition Institute soll das Land die Kapazität haben zwischen einer und drei Millionen Pensionäre aufzunehmen. Damit könnten pro Jahr zwischen 18 und 56 Milliarden US-Dollar potentielle Einnahmen entstehen. Die Entwicklung der Pensionsindustrie solle ein Vorzeigeprojekt der Regierung werden. Die Umsetzung der Vorschläge wurde dem ehemaligen Polizeichef Edgardo Aglipay anvertraut.

vgl. PDI 30.5.

## Todesurteile umgewandelt

Präsidentin Arroyo hat zu Ostern alle Todesurteile in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Ebenso forderte die Präsidentin den Kongress auf, in einem Gesetzentwurf die Todesstrafe aufzuheben. Sowohl die katholische Bischofskonferenz als auch Amnesty International lobten die Präsidentin für ihre Entscheidung die Todesurteile umzuwandeln. Menschenrechtsorganisationen wiesen jedoch auf die Zunahme ausgerichtlicher Hinrichtungen politischer Aktivisten hin und warfen Arroyo Heuchlerei vor.

vgl. Manila Times 20.4., Bulatlat 23.-29.4.

nachrichten

## Volksinitiative und Verfassungsreform

Die Volksinitiative Sigaw ng Bayan hat nach eigenen Angaben fast fünf Millionen Unterschriften für eine Verfassungsreform zu einem parlamentarischen Regierungssystem gesammelt. Die Opposition wirft der Regierung jedoch vor, die Initiative über das Innen- und Lokalregierungsministerium initiiert zu haben. Es sei bei der Stimmabgabe zu Unregelmäßigkeiten gekommen, außerdem sei die Bevölkerung bei Unterschriftensammlungen nur unzureichend über Details des zur Diskussion stehenden parlamentarischen Systems informiert und mit Versprechungen politischer Stabilität und Reform abgespiesen worden, so ein Vorwurf der katholischen Bischofskonferenz CBCP. Außerdem sei nach einem Beschluss des Obersten Gerichtshofes aus dem Jahre 1989 eine Volksinitiative als Grundlage für eine Volksabstimmung über Verfassungsreformen ohne gesetzliche Grundlage ungültig. Es gibt drei Vorschläge für die Verfassungsänderung, die alle drei, indirekt oder direkt, aus Regierungskreisen kommen, so der Geschäftsführer des Institute for Political and Electoral Reforms Ramon Casiple. Alle drei Vorschläge würden die Senats- und Lokalwahlen 2007 ausfallen lassen und sicherstellen, dass die Präsidentin bis zum Ende ihrer Legislaturperiode 2010 als Kanzlerin einer parlamentarischen Demokratie im Amt bleiben könne, so Casiple. Damit würde Arroyo dem Vorwurf, aufgrund von Wahlbetrug während der Präsidentschaftswahlen 2004 kein Mandat des Volkes zu besitzen, aus dem Weg gehen.

vgl. China Daily, 30.3.; CBCP 10.4.; PCIJ 12.4.06

## Oberster Gerichtshof und Freiheitsrechte

Der Oberste Gerichtshof hat am 20. April das sogenannte Executive Order 464 abgeschafft. Nach EO464 dürfen Regierungsbeamte und Militärs nicht ohne Zustimmung der Präsidentin vor Untersuchungsausschüssen des Kongresses aussagen. Es wurde eingeführt, nachdem das Senate Committee on National Defense eine Untersuchung der Vorwürfe des Wahlbetrugs der Präsidentin während der Wahlen 2004 begonnen hatte. Der Kongress habe das Recht auf Information gegenüber der Regierung. Diese dürfe nur, wenn dies auch eindeutig im Sinne der Allgemeinheit sei, Informationen zurückhalten. Ein einfacher Beschluss der/des Präsident/in für die Zurückhaltung von Informationen sei nicht ausreichend: Diese müsse in jedem Fall eindeutig erklärt werden. Die Richter erklärten jedoch das von der Regierung in EO420 vorgeschlagene Unified Multipurpose ID System für rechtmäßig. Das Exekutivorder würde sowohl Verfassung als auch das Recht auf Privatleben nicht verletzen. Das im Februar 2005 verabschiedete Exekutivorder hatte massiven Protest unter Oppositionellen und Bürgerrechtlern provoziert.

Fünf Tage danach entschied der Oberste Gerichtshof einstimmig,

dass die (inoffizielle) Calibrated Preemptive Response (CPR) Politik der Regierung, die es der Polizei seit Frühjahr 2005 erlaubte gegen unangemeldete Demonstrationen hart durchzugreifen, gegen die Verfassung verstößt. CPR sei durch eine Politik der »maximalen Toleranz« zu ersetzen. In seiner Entscheidung forderte der Oberste Gerichtshof das Ministerium für Inneres und lokale Regierung auf, ein weiteres Gesetz umzusetzen, nach dem jede Gemeinde innerhalb von sechs Monaten mindestens einen »Freiheitspark« einrichten solle, in dem unangemeldete Demonstrationen und Treffen zu jeder Zeit abgehalten werden dürfen. Das Gericht forderte die Lokalregierungen auf innerhalb von 30 Tagen Orte dieser Art zu schaffen, ansonsten seien »alle Parks und Plätze einer Stadt zu »Freiheitsparks« erklärt«. Mit den Beschlüssen reagierten die Verfassungsrichter auf zivilrechtliche Einschränkungen in Folge der Notstandserklärung durch die Präsidentin Ende Februar 2006. Die Opposition lobte den Obersten Gerichtshof für sein klares Eintreten für die Freiheitsrechte.

vgl. PCIJ 20.4., 25.4., Manila Times, 20.4.06

## Politische Morde

Die Zahl der politisch motivierten Morde ist seit Anfang April deutlich angestiegen. Nach Angaben des Philippine Daily Inquirer (PDI) sind seit Beginn der Regierungszeit von Präsidentin Arroyo 2001 228 Menschen aus politischen Gründen ermordet worden. Die Menschenrechtsorganisation Karapatan spricht sogar von fast 600 Morden. Allein seit Anfang April wurden mindestens 15 Mitglieder der maoistischen Partei Bayan Muna, mehrere Pfarrer und Mitarbeiter der United Church of Christ of the Philippines (UCCP), Journalisten, sowie der Landreformaktivist Eric Cabanit ermordet. Menschen-

rechtsorganisationen werfen der Regierung vor, gegen mutmaßliche Täter nicht entschieden genug vorzugehen. Es soll Hinweise geben, dass Mitarbeiter der Geheimdienste, sowie der berüchtigte Generalmajor Palparan hinter einem großen Teil der Morde stehen. Regierung, Polizei und Militär lehnen die Verantwortung für die Morde ab. Justizminister Gonzales schlug vor, gefährdeten Journalisten Waffenscheine auszustellen. Der Superintendent der Polizei spricht lediglich von einem kurzfristigen Trend in der Kriminalitätsstatistik.

vgl. PDI 30.5., 6.6., philippinenbüro 1.6.06